Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 85 (1991)

Heft: 10

Rubrik: Zeichen der Zeit : Mahnzeichen über der schweizerischen Asylpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Mahnzeichen über der schweizerischen Asylpolitik

Gewalt gegen Asylsuchende ist in der Schweiz trauriger Alltag geworden. Um die 30 derartige Anschläge zählt die Statistik in den letzten drei Jahren. Sie geht auf, die Saat der fremdenfeindlichen Agitation, die längst nicht mehr nur von Überfremdungsparteien betrieben wird. Wie sollen aufgehetzte, entfremdete, oft selbst zu kurz gekommene Menschen sich an Recht und Gesetz halten, wo doch auch die offizielle Politik die Asylsuchenden wie ein lästiges Entsorgungsproblem behandelt, dem mit dem «Rechtsstaat» nicht mehr beizukommen ist? Eine «Lösung» scheint ausser Reichweite zu sein. Im Gegenteil, die apokalyptischen Bilder albanischer Flüchtlinge im italienischen Bari vor Augen, wissen wir, dass unser nächstes Jahrtausend im Zeichen des Krieges zwischen Reich und Arm stehen wird – wenn, ja wenn wir nicht in der Lage sind, in einer ganz neuen, einer weltethischen Dimension zu denken und zu handeln.

Stimmenfang auf dem Buckel der Verfolgten

Anschläge gegen Asylsuchende werden zwar verurteilt. Der Empörung folgt jedoch das grosse Aber. Bundesrat Arnold Koller bringt die Anschläge «mit der sehr grossen Anzahl von Asylgesuchen» in Verbindung. Gäbe es keine Asylsuchenden, dann natürlich auch keine Anschläge gegen sie... «Andere Mittel und Wege» müssten gefunden werden, sagte Koller am Radio DRS (WoZ, 16.8.91). Das «Ziel» aber ist ja wohl das gleiche: möglichst effiziente Ausschaffung und Abschreckung dieser Menschen in Not! Rassismus wird für inexistent erklärt, jedenfalls verharmlost, auf Einzelfälle reduziert, die es fast zwangsläufig geben müsse bei so vielen «Asylanten». (Gibt es unter den Asylsuchenden negative «Einzelfälle», werden sie vom «gesunden Volksempfinden» natürlich nicht als Ausnahmen wahrgenommen, sondern verallgemeinert.)

Für besonders gravierend halte ich die systematische Hetze, die heute von der SVP, immerhin einer Regierungspartei, ausgeht. Vor den Sommerferien hat die SVP des Kantons Zürich dem Bundesrat eine Petition «gegen Asyl-Missbrauch» eingereicht, die über hunderttausend Unterschriften auf sich vereinigt. Darin wird wahrheitswidrig behauptet: «Nur etwa 4% aller Asyl-Bewerber sind politisch Verfolgte. Das heisst: 96% missbrauchen den Asylgedanken.» Die Petition und ähnlich lautende Inserate sind typisch für die derzeitige Wahlpropaganda der ehemaligen «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei», die – ähnlich wie in der Drogenpolitik – auf dem Buckel der Schwächsten in diesem Land Stimmen sammelt.

Es braucht keinen besonderen Sachverstand, um zu erkennen, dass ein abgewiesenes Asylgesuch so wenig missbräuchlich sein muss wie sonst ein abgelehntes Gesuch, eine abgewiesene Beschwerde oder ein verlorener Prozess. Wenn heute nur 4 Prozent aller Asylsuchenden als Flüchtlinge anerkannt werden, wenn es nicht mehr 80 Prozent sind wie noch 1979, dann liegt einer der Gründe aber auch darin, dass die Anerkennungspraxis immer härter, immer unmenschlicher geworden ist. Hinzu kommt die Kategorie der Gewaltflüchtlinge, die zwar nicht gezielt von einer staatlichen Behörde verfolgt werden, aber aus Konfliktgebieten stammen, in denen sie trotzdem an Leib und Leben gefährdet sind. Obschon sie nicht als politische Flüchtlinge gelten, könnten sie bei uns vorübergehend aufgenommen werden, wenn das neue Asylgesetz nicht nur nach den für die Flüchtlinge negativen Bestimmungen angewendet würde. Der Anteil dieser Gewaltflüchtlinge, die vor

allem aus der Türkei, aus Jugoslawien, aus dem Libanon und aus Sri Lanka kommen, betrug im Vorjahr um die 25 Prozent. Ihnen Asylmissbrauch vorzuwerfen, ist unmenschlich, eine Irreführung der Öffentlichkeit, Schürung von Fremdenfeindlichkeit, in der Hoffnung, davon bei den eidgenössischen Wahlen am kommenden 20. Oktober parteipolitisch zu profitieren.

Weiter fragt die SVP: «Warum diese lawinenartige Zunahme?» Das Bild von der Lawine soll ähnlich wie das nicht weniger gebräuchliche von der «Asylantenflut» ein Gefühl der Ohnmacht und der Hilflosigkeit erzeugen – wenn es die SVP nicht gäbe. Als Ursache von Lawine und Flut hat die Partei auch schon die Patentantwort zur Hand: «Weil Asylmissbrauch in unserem Land wirtschaftlich interessant ist». Das wären sie also, die «Wirtschaftsflüchtlinge», die unseren Wohlstand gefährden. Das Feindbild ist kreiert, das sogar unserer historisch überholten Armee zu einer neuen Legitimität verhelfen soll, damit nicht «der Schweizer zum Fremden auf heimischem Boden» werde (Generalstabschef Heinz Häsler).

Je mehr Menschen in ihren Herkunftsländern bedroht sind, umso mehr bedrohen sie offenbar den «Schweizer». Dieser verliert seine Identität aber nicht durch die Aufnahme, sondern durch die Abschrekkung und Ausschaffung von an Leib und Leben gefährdeten Menschen, nicht durch die Solidarität, sondern durch deren egoistische Verweigerung, nicht durch eine Asylpolitik, die humanitärer Tradition verpflichtet ist, sondern durch die gegenwärtige Asylverhinderungspolitik, durch den Bruch mit Grundwerten, um derentwillen es sich bislang noch lohnte, Schweizer und Schweizerin zu sein.

Heute mahnen uns die Asylsuchenden weit mehr an diese Grundwerte als die rechtsextremen oder rechtsextrem gewordenen Gruppierungen und Parteien. Gerade darum wäre die grosszügige Aufnahme von Menschen in Not auch eine Chance für die Schweiz von morgen, wenn sie denn eine humanitäre sein oder wieder werden soll. Die «multikulturelle Gesellschaft», die Ewiggestrige als Überfremdung anprangern, könnte sich als Gebot der Stunde erweisen: als Jungbrunnen gegen die – nicht nur biologisch zu verstehende – Vergreisung der Schweiz.

Verluderung des Rechtsstaates

Die Schweiz solle «echten Flüchtlingen» Asyl gewähren, ist die scheinheilige Begründung für die geforderte Härte gegen die «unechten Flüchtlinge». Um diesen schönen, aber falschen Schein zu wahren, wird die Anerkennungspraxis immer mehr verschärft. Schon das Verfahren hat nicht die Ermittlung der materiellen Wahrheit im Sinne, sondern konzentriert sich auf logische Widersprüche in den Aussagen der Asylsuchenden. Entgegen dem Menschenbild des liberalen Rechtsstaates wird nicht die Glaubwürdigkeit des Asylsuchenden vermutet, an ihm ist es vielmehr zu beweisen, dass er nicht lügt.

Begründungen, mit denen Asylgesuche abgelehnt werden, entsprechen dieser Umkehr der Beweislast. Folterspuren am Körper werden als mögliche «Sportverletzungen» verharmlost. Ein tamilischer Gesuchsteller hatte das «Pech», dass er nach einer Folterung bewusstlos in Spitalpflege verbracht wurde. Womit «bewiesen» war, dass er mit keiner Verfolgung mehr rechnen musste. Kurden, die geflohen sind, weil das türkische Regime sie zwingen wollte, als «Dorfschützer» gegen das eigene Volk zu kämpfen, bekommen zu hören, in ihrer Herkunftsregion gebe es entweder gar keine Dorfmilizen oder wenn es sie gebe, dann doch nur im legitimen Interesse des türkischen Staates an Ruhe und Ordnung. Dem Zynismus der Asylbehörde sind keine Grenzen gesetzt.

In der Zeitschrift ASYL (1991/2) schreibt der Jurist der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingswesen, Walter Stöckli: «Die Welt der Asylrechtler und Asylrechtlerinnen ist längst ein Club von Insidern geworden. Was in diesem Bereich alles an Ungesetzlichkeiten, Unregelmässigkeiten und Ungerechtigkeiten abläuft, davon machen sich Aussenstehende keine Vorstellung. Noch schlimmer aber als die Rechtsverletzungen ist die Gewöhnung daran. Die jungen Juristinnen und Juristen, die frisch ab der Uni im Bundesamt für Flüchtlinge ins ‹praktische Recht› einsteigen ... wachsen ohne jegliches Unrechtsbewusstsein heran –

vergleichbar den Strassenjungen von São Paulo».

Wo den zuständigen Instanzen das Unrechtsbewusstsein abhanden kommt, wird auch nicht mehr geprüft, ob ein Armee- Einsatz gegen Flüchtlinge an der Grenze überhaupt verfassungsmässig wäre. Die Bundesversammlung streicht die Kinderzulagen für arbeitende Asylsuchende, obschon das Bundesgericht darin eine rechtsungleiche Behandlung gegenüber andern Erwerbstätigen sieht. Gemeinden, die es ablehnen, ihre Kontingente an Asylsuchenden aufzunehmen, werden von einem Zürcher Regierungsrat belobigt, da er diese Weigerung als politische Demonstration an die Adresse des Bundes für «richtig» halte, obschon eine solche Aktion natürlich «gesetzwidrig» sei (NZZ, 11.12.90). Die Kantone Zürich und Aargau lancieren Standesinitiativen, um den «Zustrom» der Asylsuchenden zu begrenzen, auch wenn damit die Genfer Flüchtlingskonvention verletzt würde. Die Kaskade tatsächlicher oder beabsichtigter Rechtsbrüche bedeutet eine neue Qualität in der zunehmenden Verluderung des Rechtsstaates, ausgelöst einmal mehr durch «Widerstand von rechts».

Von der Asylpolitik zur Weltinnenpolitik

Warum wird immer nur von «Wirtschaftsflüchtlingen» gesprochen? Warum nicht von Armutsflüchtlingen, Elendsflüchtlingen oder auch von Umweltflüchtlingen? Weil dadurch Ursachen benannt würden, an denen die Erste Welt gewiss nicht unbeteiligt ist? Daran besteht ja wohl kein Zweifel: Die Migration bedeutet ein Mahnzeichen für die Gefährdung des Planeten durch das westliche Fortschrittsmodell.

In der Dritten Welt steht die Migration in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verschuldungskrise. Diese lenkt Kapital vom Süden in den Norden statt in die umgekehrte Richtung. Heute geben die Drittweltländer jährlich 180 Milliarden Franken für den Schuldendienst aus, dreimal mehr, als sie Entwicklungshilfe erhalten. Hinzu kommen 800 bis 1000 Milliarden Fluchtgelder aus der Dritten Welt, von denen nach einer Schätzung der Firma McKensey 250 Milliarden auf Schweizer Banken liegen. Allein 1989 flossen 24,3 Milliarden Fluchtgelder in die Schweiz. Im selben Jahr wurden aber nur gerade 821 Asylsuchende bei uns als Flüchtlinge anerkannt.

Mit der Verelendung der Menschen fällt die Zerstörung der Umwelt zusammen. Luft- und Meeresverschmutzung, Rodung der Tropenwälder und Bodenerosion machen Umweltkatastrophen unvermeidlich. Schon leben 850 Millionen Menschen auf Böden, die von Desertifikation bedroht sind. Der Treibhauseffekt hat zur Folge, dass früher oder später die Meere ansteigen, z.B. die Malediven und weite Teil von Bangladesh, Indonesien und Ägypten überschwemmen werden. Ursache dieser Katastrophen aber sind wir selbst: Ein Schweizer konsumiert 18mal mehr Energie als ein Inder und stösst 10mal mehr CO_2 aus als der Einwohner eines Drittweltlandes.

Die Flüchtlinge sind Boten dieser Welt, die aus den Fugen gerät. Vielleicht reagieren wir darum so aggressiv gegen die Überbringer der Botschaft, weil wir deren Inhalt nicht zur Kenntnis nehmen wollen und weil wir das Erfolgsmodell nicht sind, für das wir uns halten. Wir verdrängen darum auch die Alternativen: entweder uns abzuschotten, indem wir Krieg gegen die Armen führen, die Armee gegen Flüchtlinge an der Grenze einsetzen, diese mit riesigen Zäunen sichern wie zwischen den USA und Mexiko – oder zu teilen, einerseits mit den Flüchtlingen, die zu uns kommen, anderseits mit den Ländern des Südens und des Ostens, wenigstens mit jenen, die dem grössten Auswanderungsdruck ausgesetzt sind.

Wenn wir nicht gemeinsam teilen, werden wir gemeinsam untergehen. Das ist die dramatische Alternative, die auf den Kapitalismus zukommt, noch bevor er die Früchte seines Sieges über den «Kommunismus» auskosten kann. Das ist auch die Alternative, die uns gebietet, den Militarismus zu überwinden. Die 13 Milliarden, die Bund, Kantone und Gemeinden jährlich für die Schweizerarmee ausgeben, sind – gemessen an den weltweiten Forderungen nach Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung – ein moralischer Skandal. – Flüchtlinge kämen nie auf die Idee, einen derartigen Militärapparat zu finanzieren. Wir sollten sie nicht nur hereinlassen, sondern ihnen sobald als möglich das Stimmrecht geben.